

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier teilt mit, dass in der heutigen SGA-Sitzung vor der Samtgemeinderatssitzung auf Vorschlag der Gruppe CDU/FDP die Beschlussempfehlung wie folgt erweitert wurde:

„Die Verwaltung wird ferner beauftragt, Gespräche zusammen mit den beiden Oberschulen Ankum und Bersenbrück und dem Gymnasium Bersenbrück zu führen. Darüber ist im Ausschuss für Bildung, Familie, Jugend und Sport zu berichten.

Weiterhin wird den Schulen im Ausschuss für Bildung, Familie, Jugend und Sport Gelegenheit gegeben, aus ihrer Sicht eine Stellungnahme abzugeben.“

Gruppenvorsitzender Uphoff führt im Namen der Gruppe CDU/FDP aus, dass es ein großer Fehler wäre, wenn ein gymnasialer Zweig der August-Benninghaus-Schule Ankum dem Gymnasium Bersenbrück Schülerinnen und Schüler wegnehmen würde. Es wäre kein Gewinn für die Bildungsregion, wenn das Gymnasium Bersenbrück auf den Prüfstand gestellt würde. Ein gymnasialer Zweig an der Oberschule Ankum muss nicht unbedingt nachteilig für das Gymnasium Bersenbrück sein, wenn es gelingt, dass Schülerinnen und Schüler anstelle zur IGS Fürstenau zum Gymnasium Bersenbrück wechseln. Dies kann nur gelingen, wenn die Oberschule Ankum mit dem Gymnasium Bersenbrück zusammenarbeitet. Die August-Benninghaus-Schule Ankum benötigt für ein gymnasiales Angebot Gymnasiallehrer, die durch Abordnung vom Gymnasium Bersenbrück kommen würden. Es müsse eine Schnittstelle zwischen beiden Schulen geschaffen werden. Die Oberschule Bersenbrück ist indirekt auch betroffen. Die Gruppe CDU/FDP hatte daher in der SGA-Sitzung den Antrag gestellt, Gespräche mit den beiden Oberschulen Ankum und Bersenbrück und dem Gymnasium Bersenbrück zu führen.

Gruppenvorsitzender Uphoff teilt mit, dass er ferner überrascht war, dass dem als Zuhörer in der Fachausschusssitzung anwesenden Schulleiter des Gymnasiums durch den Bildungsausschuss verwehrt wurde, eine Stellungnahme aus Sicht des Gymnasiums Bersenbrück abzugeben. Von Seiten der Gruppe CDU/FDP wurde daher angeregt, den Schulen in der Fachausschusssitzung Gelegenheit zu geben, aus ihrer Sicht eine Stellungnahme abzugeben. Um den Bedarf zur Errichtung des gymnasialen Angebotes an der August-Benninghaus-Schule Ankum nachzuweisen, wäre durch die Samtgemeinde Bersenbrück eine Elterninformation und eine Elternbefragung durchzuführen. Wichtig ist, dass durch die Erweiterung der August-Benninghaus-Schule um ein gymnasiales Angebot das Gymnasium Bersenbrück nicht beschädigt wird. Das Gymnasium Bersenbrück hat nach Umfragen bei den Eltern und den Schülerinnen und Schülern einen hohen Stellenwert.

Ratsherr von der Haar weist darauf hin, dass die Leiterin der Oberschule Ankum, Frau Balgenort, zunächst nur ihr Konzept im Bildungsausschuss vorgestellt hat. Ziel der August-Benninghaus-Schule

Ankum ist es, die Zukunft der Schule durch ein erweitertes Angebot zu sichern und der Abwanderung zu Schulen außerhalb der Samtgemeinde Bersenbrück entgegen zu wirken.

Ratsherr Brummer-Bange begrüßt den Antrag der Leiterin der August-Benninghaus-Schule, Frau Balgenort. Ziel der Schule ist es, mit dem Gymnasium Bersenbrück zusammen zu arbeiten, um den Schülerinnen und Schülern einen guten Übergang zum Gymnasium zu ermöglichen. Jede weiterführende Schule steht im Wettbewerb mit anderen Schulen. Zum nächsten Schuljahr haben 26 % der Schülerinnen und Schüler aus der Samtgemeinde Bersenbrück auswärtige Schulen gewählt.

Er findet es verwunderlich, dass sich Ratsmitglieder der Gruppe CDU/FDP gegen einen gymnasialen Zweig aussprechen. Er behauptet, dass CDU-Vertreter bei der Diskussion um die Umwandlung der Oberschule in eine integrierte Gesamtschule genau diesen gymnasialen Zweig gefordert hätten. Unter der damaligen CDU/FDP-Landesregierung wurden selbständige Schulen eingerichtet, mit der Maßgabe, dass sich die Schulen um ihre Weiterentwicklung kümmern sollten. Die August-Benninghaus-Schule will durch ein erweitertes Angebot die Zukunft sichern. Ratsherr Brummer-Bange sieht in der Einrichtung eines gymnasialen Zweiges ein Signal der Oberschule Ankum, dass sie zu einer Leistungssteigerung kommen möchte. Frau Balgenort hat ihren Antrag im Ausschuss vorgestellt und die anderen Schulen darüber informiert.

Ratsherr Brummer-Bange ist der Auffassung, dass zunächst der Schulträger über den Antrag zu informieren ist. Danach ist ein Gespräch mit den betroffenen Schulen zu führen. In einer Elternbefragung soll eruiert werden, ob ein Interesse an der Einrichtung eines gymnasialen Zweiges besteht. Der Elternwille ist entscheidend. Der Landkreis Osnabrück sieht die Einführung eines gymnasialen Zweiges an Oberschulen durchaus positiv. Zu den Zielen, die mit der Einrichtung der Oberschulen erreicht werden sollten, zitiert Ratsherr Brummer-Bange aus der Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion des damaligen schulpolitischen Sprechers, der sagte: „Die Oberschule ist die richtige Antwort auf die Fragen der Zeit. Sie bereite sowohl auf eine berufliche als auch auf eine akademische Laufbahn vor, der Weg dorthin wird offen gehalten. So kann jedes Kind seine Fähigkeiten nach seinem Tempo entfalten.“

Ratsherr Kosmann bittet zur Behauptung von Ratsherrn Brummer-Bange, dass CDU-Vertreter seinerzeit den gymnasialen Zweig an Oberschulen gefordert hätten, die Nennung der entsprechenden Quellen.

Ratsvorsitzende Droste teilt mit, dass dieser Punkt bereits Thema im Bildungsausschuss war. Sie habe die Protokolle aus dem Jahr 2014 durchgesehen und keine Äußerung von CDU-Vertretern finden können.

Ratsherr Johanning begrüßt die Durchführung einer Elternbefragung. Er plädiert für eine offene Befragung, um ein besseres Verständnis zu bekommen, weshalb Eltern ihre Kinder zu weiterführenden Schulen außerhalb der Samtgemeinde Bersenbrück anmelden. Zudem weist er darauf hin, dass seiner Meinung nach ein klassisches Realschulangebot in der Samtgemeinde Bersenbrück fehlt. Er regt eine ergänzende Abfrage zu dieser Schulform für den Nordkreis des Landkreises Osnabrück im Rahmen der Elternbefragung zu einem gymnasialen Angebot an.

Ratsherr Dr. Dragic teilt mit, dass bei der Diskussion über die Erweiterung der Oberschule Ankum um ein gymnasiales Angebot alle betroffenen Schulen umfassend informiert werden. Er hebt hervor, dass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

Ratsvorsitzende Droste sieht die Gefahr, dass durch ein gymnasiales Angebot in Ankum zwei Schulen geschwächt werden. Die Mittelstufe am vorhandenen Gymnasium Bersenbrück und eine neue Mittelstufe am gymnasialen Angebot in Ankum würden mit verringerten Schülerzahlen auskommen müssen. Vorherige Angebote und Profile des Gymnasiums wären möglicherweise nicht mehr wählbar. Weiterhin trägt sie vor, dass die bisherigen Übergangszahlen von der Oberschule Ankum auf das Gymnasium oder Oberstufen anderer Schulen sehr gering sind. Sie bezweifelt, dass es gelingt auf die Mindestzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang zu kommen.

Zu der Gefahr, dass ein gymnasiales Angebot in Ankum das Gymnasium Bersenbrück schwächen würde, ergibt sich anschließend eine kontroverse Diskussion.

Ratsherr Uphoff beantragt eine Beendigung der Diskussion. Die Debatte sollte im zuständigen Ausschuss für Bildung, Familie, Jugend und Sport weitergeführt werden.

Danach fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss: